



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144
Fax : (0221) 221-26005
E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 28.02.2012

**Auszug
aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Anregungen
und Beschwerden vom 13.02.2012**

öffentlich

**3.4 Rehabilitation der Katharina Henot und anderer Opfer der Hexenpro-
zesse in Köln (02-1600-87/11)
0024/2012**

Der Vorsitzende, Herr Thelen, leitet den Tagesordnungspunkt mit folgenden Worten ein:

"Zu Beginn der Erörterung dieses Tagesordnungspunktes möchte ich 3 Aspekte nennen:

1. Historisch scheinen der Aberglaube bzw. der Ungeist, der hinter der Hexenverfolgung und den diese bedingenden Vorstellungen steht, wie auch die gesellschaftlichen Machtstrukturen überwunden zu sein.
2. Ich meine aber, dass das Ausmaß der Jahrhunderte dauernden Hexenverfolgung, das heißt der Zahl als auch der grauenhaften Umstände wegen, eine Beschäftigung mit diesem Thema rechtfertigt.
3. Die Art und Weise, wie unschuldige Menschen in diese Prozesse gerieten, durch abergläubische Vorstellungen, Vorurteile - vor allem gegenüber Frauen -, Ausgrenzung, Dämonisierung und haltlose Schuldzuweisungen sollte uns an die Verletzlichkeit eines humanen Zusammenlebens erinnern und mahnen."

Zu den Petitionen, den geschichtlichen Hintergründen und dem Anlass der Eingaben, die auch von Nachfahren der Katharina Henoth und vielen weiteren Unterstützern, beispielsweise der Katharina-Henoth-Gesamtschule, eingebracht wurden, nimmt Herr Hartmut Hegeler ausführlich Stellung. Weitere Petenten ergänzen. Es wird die Haltung und die Antwort des Erzbistums Köln auf die ähnlichlautende Eingabe an den Erzbischof kritisiert.

Für die Verwaltung nimmt Herr Dr. Plassmann vom Historischen Archiv Stellung. Er erklärt, dass sowohl aus heutiger Sicht, aber auch nach dem seinerzeit geltenden Recht die Verurteilung und Hinrichtung von Katharina Henoth als Unrecht einzustufen ist.

Herr Thelen informiert, dass der Ausschuss auch den Generalvikar des Erzbischofs, Herrn Dr. Schwaderlap zu der Sitzung eingeladen habe, dieser aber abgesagt habe. Herr Kretschmer unterstützt die Petitionen. Er empfindet die damaligen Taten als Unrecht, sowohl als Demokrat als auch als Christ. Er appelliert an das katholische Köln, sich von den Taten zu distanzieren und ein klares Signal gegen Intoleranz und Unrecht zu setzen.

Frau Herbers-Rauhut zitiert einen Text des Jesuiten Friedrich von Spee und plädiert dafür, dass der Rat die Rehabilitation durch konkrete Maßnahmen unterstützt. Geeignet seien beispielsweise kulturelle Aktionen wie das Aufstellen einer Gedenktafel, Ausstellungen oder ähnliches. Sie sieht die Hauptzielrichtung des Ausschusses in der Auseinandersetzung des Rates der Stadt Köln mit seiner damaligen Rolle in den Hexenprozessen.

Frau Domke plädiert dafür, ein Zeichen für die Menschlichkeit und gegen das Unrecht zu setzen. Sie hält es für wichtig, auch die Kirche in der Verantwortlichkeit mit einzubeziehen.

Herr Thelen informiert, dass die Mehrheit der Fraktionen im Vorfeld einen Beschlusstext abgestimmt hat und liest diesen vor.

Eine Petentin, Frau Franken vom Kölner Frauengeschichtsverein, schlägt vor, in den Beschlusstext auch das Merkmal „sexuelle Orientierung“ einzubeziehen.

Zwischen den Fraktionen wird diskutiert, inwieweit die Kirche in den Beschlusstext und die Verantwortung einbezogen wird. Frau Herbers-Rauhut möchte das Hauptaugenmerk auf die staatliche Ebene legen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, in den Beschluss einen entsprechenden Appell an das Erzbistum Köln aufzunehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe und ihr Engagement für eine Rehabilitation der Opfer der Hexenprozesse.

Durch die von der Stadt Köln umgesetzten Maßnahmen zur Ehrung und zum Andenken an Katharina Henoth hat der Rat der Stadt Köln schon viel unternommen, aber noch nicht alles getan, um der moralischen und sozialetischen Rehabilitation Ausdruck zu verleihen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bekräftigt diese Rehabilitation und verurteilt die seinerzeit zu Unrecht vollstreckten Hinrichtungen.

Der Ausschuss nimmt die Anregung der Petenten zum Anlass, sich als Gremium des Rates der Stadt Köln ausdrücklich gegen jegliche Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte, ganz unabhängig von Ideologie oder Religion, Hautfarbe oder Nationalität oder sexueller Orientierung, auszusprechen.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss die Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sich mit der Thematik eingehend zu befassen und eine Überweisung an den Rat der Stadt Köln zu prüfen, damit sich dieser in einer offiziellen Erklärung von dem begangenen Unrecht distanzieren und der Ehre und Würde der verurteilten Personen Gerechtigkeit widerfahren lassen kann.

Des Weiteren bittet der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden das Erzbistum Köln, sich ebenfalls von dem ergangenen Unrecht zu distanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.